

## Arbeitsgerichte: Minden fühlt sich abgehängt

Ingo Kalischek

**Minden.** Kündigung, Lohnzahlung, Urlaubsanspruch: Manchmal verhaken sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer so sehr, dass sie vor ein Arbeitsgericht ziehen. In OWL müssen sie dafür künftig mitunter weitere Wege in Kauf nehmen. Das Land plant eine Reform, was zu viel Unmut in der Region führt. Vor allem in Minden gibt es Aufregung. Von einem „fatalen Signal für den Rechtsstaat“ im Hinblick auf „gebotene Bürgernähe“ spricht ein Zusammenschluss verschiedener Akteure, darunter der lokale Arbeitgeberverband, die Kreishandwerkerschaft und der DGB. Anlass ist, dass die bislang fünf Arbeitsgerichte in OWL (Bielefeld, Herford, Detmold, Paderborn und Minden) zu einem Zentrum in Bielefeld zusammengelegt werden sollen. Landesweit will NRW-Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) die derzeit 30 Standorte halbieren.

Der Weg nach Bielefeld sei zu weit; die Rede ist von einer „nicht mehr zumutbaren Erreichbarkeit“, heißt es aus Minden. Das dortige Arbeitsgericht habe zuletzt in OWL die höchsten Fallzahlen sowie die höchste prozentuale Steigerung der Eingangszahlen verzeichnet. Zudem sei der Kreis Minden-Lübbecke am weitesten von der Landeshauptstadt entfernt. „Der Minister hält nach großer Kritik in der Expertenanhörung trotzdem an den unausgewogenen Reformplänen fest“, moniert die SPD-Landtagsabgeordnete Christina Weng aus Minden. OWL, der Kreis Minden-Lübbecke und der Bereich Niederrhein würden mehr als andere Regionen benachteiligt – den „ländlichen Bereich“ treffe es erneut „besonders stark.“

Limbach will sich auf Anfrage nicht persönlich äußern. Sein Sprecher teilt mit, dass die Arbeitsgerichtsbarkeit in OWL „weiterhin in der Fläche präsent“ – und für die Rechtssuchenden „gut erreichbar“ bleibe. An sogenannten Gerichtstagen würden Richter weiterhin nach Detmold, Minden und Paderborn fahren, wo vor Ort weiter alle Verhandlungen stattfinden würden.